

Rechtspopulismus in Österreich

Aufstieg der Rechtspopulisten

Sie waren im Juni 2016 zu einem „Zweiten Wiener Kongress“ zusammengekommen, um den „patriotischen Frühling“ gemeinsam zu feiern: Gert Wilders aus den Niederlanden, Marine Le Pen vom Front National in Frankreich, für die AfD Marcus Petzelt, Gerolf Annmans aus dem belgischen Flandern, Janice Atkinson aus dem Brexit-Lager. Eingeladen hatte der Chef der FPÖ Heinz Christian Strache, vulgo HC Strache. Eine rechtspopulistische Bewegung ist also in ganz Europa und neuestens auch in den USA im Gang. Österreich dient ihr als Vorzeigeland. Unzählige JournalistInnen waren im Dezember 2016 zum Abschluss der Marathon-Bundespräsidentenwahl nach Wien angereist, um von der Wahl des ersten rechtspopulistischen Bundespräsidenten zu berichten.

Die Enttäuschung war bei vielen von der Sensationspresse, die mit ihrer Berichterstattung zum unaufhaltsamen Aufstieg der Rechtspopulisten erheblich beiträgt, sichtlich groß, dass Norbert Hofer mit 46% der Stimmen deutlicher als prognostiziert unterlag. Schneller als sonst reisten die Journalisten ab. In der unterlegenen FPÖ wurde jedoch sogleich der Schlachtruf ausgegeben: „Aber das nächste Mal gewinnen wir. Hofer bleibt Kandidat!“ Und HC Strache wird bei den Wahlen 2018 (diesen sind inzwischen auf 2017 vorgezogen) Bundeskanzler werden. Tatsächlich führt zwar die FPÖ derzeit nicht in den Umfragen, obgleich die Ergebnisse relativ stark schwanken und eng an das Flüchtlingsthema gebunden sind; für eine Lösung der massiven wirtschaftlichen und sozialen Probleme haben Rechtspopulisten kaum Ideen.

Der Aufstieg der Rechtspopulisten hat auch in Österreich schon vor der Ankunft vieler schutzsuchender Kriegsflüchtlinge begonnen. Vor allem die Finanzkrise von 2008 und die daran geknüpften sozialen Abstiegsängste vieler Menschen aus der Unter- und Mittelschicht haben sie beschleunigt. Er hat politisch nicht nur Österreich – aber auch dieses europäische Land - polarisiert.

Die koalitionär regierenden „Altparteien“ SPÖ und ÖVP scheinen zwischen den polaren Lagern aufgerieben zu werden. Die politische Mitte ist – zumindest in der Bundespräsidentenwahl – gleichsam implodiert. Die von diesen regierenden Parteien nominierten Persönlichkeiten erhielten lediglich um die zehn Prozent der Wählerstimmen.

Seither versuchen diese beiden Altparteien alles Erdenkliche, um den drohenden Machtverlust und damit einen FPÖ-Bundeskanzler zu verhindern. Die Taktik ist offenkundig und scheint auch Erfolg zu haben – fragt sich um welchen Preis. Die Regierung unter Faymann machte einen Schwenk von Merkel zu Orban, unterstützte die Schließung der Balkanroute und verschärfte, wo sie nur kann, die Asylgesetze. Dieser Schwenk prägt immer noch die österreichische Politik. Von Verschärfen und Stoppen ist allenthalben die Rede. Einzelne Vorfälle mit Tschetschenen oder afghanischen Jugendlichen werden für eine verschärfende Anlassgesetzgebung genützt. Ob die Rechnung aufgehen wird, dass der FPÖ Wählerstimmen entzogen werden, indem man deren politische Linie der Abschottung und ihre „Politik der Angst“ imitiert? Fachleute vermuten, dass vor die Wahl gestellt, gar manche Menschen nicht den Schmiedl, sondern doch den Schmied wählen werden. Der politische Jungstar, der für eine Mischung von Bewegung a la Macron und einer ÖVP neu steht, hat jedenfalls derzeit Aufwind.

Das Anliegen, die Ängste der Menschen ernst zu nehmen, ist selbstverständlich zu akzeptieren. Dann aber stellt sich sofort die Frage, was mit den Ängsten geschehen soll: Werden sie abgebaut oder bewirtschaftet? Jedenfalls ist politologisch nicht ausgeschlossen, dass beispielsweise Horst Seehofer dank seiner Politik der Angst ungewollt die AfD fördert. Politikimitate fördern zumeist das Original.

In den traditionellen Regierungsparteien hat der Schwenk zu massiven innerparteilichen Spannungen geführt. Die SPÖ ist noch mehr zerrissen als die ÖVP. Gerade in Wien erreicht in

Kernbezirken der SPÖ die FPÖ hohe Werte und lässt Parteifunktionäre eine pragmatische Antiflüchtlingspolitik einfordern, während die Parteijugend von der Parteiführung sozialistische Werte einfordert. In der ÖVP hingegen lässt sich ein lautloser Abschied der Jahrzehnte lang treuen christlichen Wählerinnen und Wähler beobachten. „Sie fühlen sich heimatlos und angesichts der von einer „christlichsozialen Partei“ vertretenen (Flüchtlings-)Politik in dieser Partei heimatlos. Ätzende Karikaturisten deuten das C im Parteiprogramm als Z wie Zäune. ÖVP-Politiker berufen sich dabei kaum noch auf ihre christlichen Werte, sondern bevorzugen Max Weber und seine Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Dabei wird die Gesinnung der Caritas, den Kirchenleitungen und den NOGs zugeordnet, die Verantwortung den in der Politik tätigen Parteikollegen. Das Kuriose daran ist, dass Max Weber ja keine gesinnungslose Verantwortungsethik wollte, sondern lediglich eine verantwortungsblinde Gesinnungsethik kritisierte. Diese Verlagerung von der Gesinnung zur Verantwortung bekommt den Traditionsparteien nicht wohl, vor allem wenn dabei die Gesinnung auf der Strecke bleibt. Nicht wenige meinen nicht mehr erkennen zu können, was an den Sozialisten sozialistisch und an den Christdemokraten christlich ist. Die „Weltanschauung“ und die „Werte“ (den Asylwerbenden in Kursen vermittelt) werden dem pragmatischen Machterhalt geopfert, was sich gar rasch als die beste Anleitung zum Machtverlust erweisen könnte.

Ein Blick nach Deutschland lässt erkennen, dass es auch anders geht. Eine Bundeskanzlerin mit Stehvermögen behält trotz leichten Verlusten das Vertrauen der Mehrheit, und der in die bundesdeutsche Politik neu eingezogene Martin Schulz erfreut sich beachtlicher Flitterwochenakzeptanz gerade wegen seinen kompromisslosen europapolitischen Positionen, mit denen er sich klar von den rechtspopulistischen Bewegungen absetzt, die ja ein ganz anderes Europa oder am liebsten gar keines wollen: siehe Brexit, dem ein Frexit oder ein Öxit etc. folgen sollen.

Diese Politik reagiert auf die Meinungslage in der Bevölkerung, ohne Mut, diese agierend zu verändern. Diese gilt es im Folgenden zu beschreiben.

Auswirkungen der Ängste auf die Ansichten und Haltungen in der Flüchtlingspolitik

Laut Umfragen haben die Menschen in Österreich hinsichtlich der Flüchtlingspolitik unterschiedliche Gefühle. Untersucht hat diese das SORA-Institut schon bald nach dem Ankommen der ersten großen Zahl von schutzsuchenden Menschen im Herbst 2015. Damals meinten 17%, sie fühlten angesichts der Flüchtlingspolitik Ärger, 27% äußerten Zuversicht. Die Übrigen 52% zeigten sich besorgt. 4% haben sich nicht zugeordnet. Ähnlich dann kurze Zeit später das Ergebnis nach der Wahl in Wien. Im 2016 habe ich die Gesamtbevölkerung repräsentativ erforschen können. Jetzt waren es 29% mit Ärger, 13% mit Zuversicht, 61% waren besorgt.

In einer Onlinestudie 2016 wollte ich in Erfahrung bringen, wie die polaren Lager „Ärger und Zuversicht“ „denken“, welche Sätze sie für richtig erachten, welches (politische) Handeln ihnen angemessen erscheint.

Das Lager Ärger

Das sind jene Positionen, die im Lager Ärger bis zu 90% Zustimmung gefunden haben: Bejaht wurden die Aussagen, dass Viktor Orban zu Recht Zäune errichtet hat, Europa müsse zu einer Festung ausgebaut werden müsse. Es kämen doch überwiegend Wirtschaftsflüchtlinge. Mit den Schutzsuchenden kämen auch Kriminelle und Terroristen. Es werde, geht es so weiter, in einer Katastrophe enden. Die Gallionsfigur dieses „Gefühlslagers“ ist Viktor Orban. In seinem Gefolge finden sich die Vysegradländer Polen, die Slowakei und Tschechien, aber auch die meisten rechtspopulistischen Bewegungen in Europa. Sogar die Fürstin von Thurn und Taxis hat Orban durch eine Einladung nach Regensburg gewürdigt.

Das Handeln, das sich an diese Einschätzung knüpft, ist eindeutig: Abschotten, Grenzen schließen, Flüchtlinge zurückschicken, vor allem wenn sie kriminell werden. Am besten man lässt keinen mehr ins Land.

Für Argumente ist diese Gruppe nur schwer zugänglich. Fakten zählen im postfaktischen Zeitalter nicht. Man liebt vielmehr „alternative Fakten“, verallgemeinert Einzelgeschichten, folgt Verschwörungstheorien, produziert in Sozialen Medien fake-news. Auf die Frage, wie viele Muslime es in Europa gäbe, kämen alle Kriegsflüchtlinge aus dem Nahen Osten, erreicht die Durchschnittszahl im Lager Ärger über 31%, Laut UNO wären es 6%.

Manche Grenzgänger aus dieser Gruppe beteiligen selbst an Hasspostings in den Sozialen Netzwerken, beschimpfen Engagierte als Gutmenschen, spotten über die „Willkommenskultur“. Sie verbinden ohne Bedenken Flüchtlinge mit Krise und Terror. Gesichtslose Bilder prägen die Sprache: Von Flüchtlingswellen, Flüchtlingsstrom, Flüchtlingskrise, einer Lawine ist die Rede. Diese Worte verschaffen dem Wort Flüchtling wie auch dem Begriff Islam von Haus aus eine negative Konnotation. Dass vereinzelt Leute aus diesem Gefühlslager nicht nur hassen, sondern auch hetzen und im Einzelfall auch gewalttätig werden, ist unbestritten. Die Kriminalität ist in der Tat in den letzten Monaten gestiegen: aber nicht unter den Schutzsuchenden Gästen (der Anteil der Kriminellen ist genauso hoch wie in der einheimischen Bevölkerung), wohl aber gegen die Schutzsuchenden Personen und die Einrichtungen, die sie beherbergen sollen.

Lager der Zuversichtlichen

Das Lager der Zuversichtlichen vertritt polare Positionen. Ihren Zugehörigen geht es um das Recht auf Asyl, wollen dieses nicht scheibchenweise beschnitten haben. Dank ihres konkreten Einsatzes in der Flüchtlingsarbeit ist ihnen glasklar, dass die Integration nicht leicht ist und dass es durchaus schwarze Schafe unter den Asylwerbenden gibt. Ihr Ziel ist volle Integration, und das in drei Dimensionen: Sprache – Wohnen – Arbeit. Sie sehen darin eine enorme Herausforderung für die Gesellschaft wie für die Politik. Mit führenden Ökonomen weisen sie darauf hin, dass es eine win-win-Situation werden kann, wenn jetzt in die Integration investiert wird. Zugleich decken sie auf, dass Politiker gern über die Burka diskutieren statt über hohe Arbeitslosenzahlen (die es wegen der Finanzkrise und nicht wegen der Flüchtenden gibt – in Österreich seit der innenpolitischen Wende in der Flüchtlingspolitik höher als in Deutschland!) und dass die Wohnungssuche von Asylanten Versäumnisse im Sozialen Wohnbau schonungslos offenbaren.

Ängste

In meiner Studie („Entängstigt euch!“) ging es dann vor allem um die Frage, warum in ein- und demselben Land die einen zu Ärger, andere zur Zuversicht sowie die schweigende Mitte zur Sorge neigt.

Angeregt durch soziologische Theorien hat sich klar herausgestellt, dass die Weichen in der einzelnen Person gestellt werden. Je höhere das Potential vielfältiger Ängste ist, desto wahrscheinlicher gerät jemand ins Lager Ärger und Abwehr. Wer hingegen weniger Angst, dafür aber mehr Zuversicht in seinem Leben angesammelt hat, neigt zu Zuversicht und zum Engagement.

Die Ängste der Menschen haben heute viele Gesichter. Da sind archaische biographische Ängste: vor Krankheit oder Verlust des Partners (Monika Renz, Erlösung aus Prägung, Paderborn 2008), soziale Abstiegsängste, die bis in die mittleren sozialen Schichten reichen, kulturelle Ängste dafür, sich im eigenen Land fremd zu fühlen; stark verbreitet ist in unserer postchristlichen Zeit die Angst, in einem knappen Leben von neunzig Jahren mit seiner maßlosen Glückssehnsucht „zu kurz zu kommen“ (Marianne Gronemeyer: Leben als letzte Gelegenheit, Darmstadt 1993). Nicht wenige leiden gerade im Kontext des Reichtums an diffusen Ängsten, die keinen Namen und kein Gesicht haben und allgegenwärtig lauern.

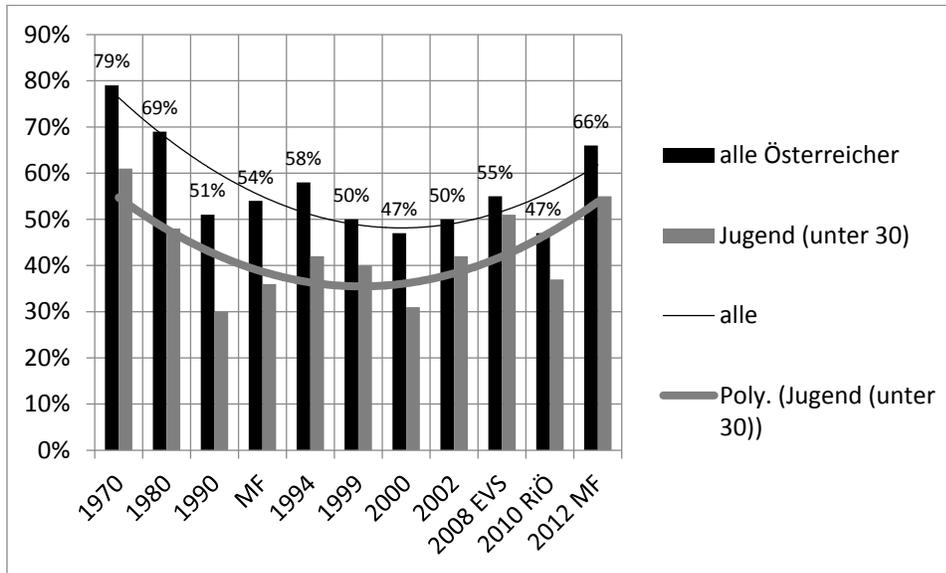
Nicht übersehen werden dürfen die Ängste von Schutzsuchenden, von denen nicht wenige traumatisiert sind. Sie schrecken auf, wenn bei uns am samstagmittags die Sirenen erprobt

werden. Frauen, die schon im Krieg, dann auf der Flucht von Mitflüchtenden wie von Sicherheitsbeamten sexuell belästigt und manchmal nicht selten vergewaltigt wurden, leben in ständiger Angst vor der sexuellen Gewalt von Männern.

Autoritarismus in Österreich 1970-2012

Statistisch verwandt mit den Ängsten ist ein Persönlichkeitsmerkmal, das in der Forschung seit Theodor W. Adorno Autoritarismus benannt wird. Es ist die Eigenschaft von Personen, sich Autoritäten zu unterwerfen. Recht hat, wer oben ist, so ihr Grundgefühl.

ABBILDUNG 1: Entwicklung des Autoritarismus in Österreich



Dieser Autoritarismus ist in Österreich in den letzten Jahren wieder im Steigen begriffen, nachdem der seit den Siebzigerjahren von einem hohen Nachkriegswert rückläufig war. Die Zunahme begann, bevor auch nur ein einziger Flüchtling aus Afghanistan oder Syrien ins Land gekommen war – in Österreich bereits 1996. Schon damals konnte ich in Repräsentationsstudien beobachten, dass die Zahl zumal junger Leute zunimmt, die die lästige Last der erkämpften und verbrieften Freiheit wieder loswerden wollen. Dafür werden Gründe genannt. Jürgen Habermas sprach von einer „neuen Unübersichtlichkeit“. Die Globalisierung trägt dazu bei. Rechtspopulisten sind folglich geborene Gegner der Globalisierung, ja schon der Europäisierung. Sie bevorzugen die überschaubare Provinz, das Heimatliche. Inmitten dieser Unübersichtlichkeit werden, so Ulrich Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim, die Freiheiten riskant. Im neoliberalen Gefüge trage der einzelne für sich allein die Verantwortung. Institutionelle Entlastungen werden nicht gewährt. Das alles wäre nicht so dramatisch, würden in den Familien ichstarke und daseinskompetente Personen heranwachsen, die sodann durch eine gediegene Persönlichkeitsbildung in den Erziehungseinrichtungen zu Menschen heranwachsen, die den steigenden Anforderungen des Lebens gewachsen sind. Das Familiensystem aber ist auch wegen seiner Ökonomisierung heillos überlastet.

Autoritäre, also unterwerfungsbereite Menschen mit geringem Selbstvertrauen, neigen dazu, das Fremde und Ungewohnte als Bedrohung zu erleben. Während nichtautoritäre Personen in anderen Kulturen eine Bereicherung sehen, sind diese für autoritäre eine Bedrohung. Pluralitätstoleranz und Pluralitätstoleranz sind ihnen fremd. Sie halten sich dann an politischen Führern und Gruppen fest, welche ihnen die Bedrohung vom Leib halten. Statt eine eigene Identität auszubilden, nehmen sie eine Identitätsanleihe. Auffällig oft neigen Autoritäre zu traditionellen Geschlechterrollen. Auch der Hang zu vielgesichtiger Gewalt ist nachgewiesen.

Anthropologisch besehen leben solche Menschen in einer engen Welt. Eng heißt lateinisch angustus; angustia ist Enge und Angst zugleich. Leben entfaltet sich nicht mehr auf der Basis des Vertrauens. Auch in der Politik mindert Angst die Fähigkeit zu solidarischem Engagement. Angst entsolidarisiert.

Statistisch korrelieren Autoritarismus und besorgter Ärger in hohem Maß: Unter den Sehrautoritären zählen zu 56% zu den „Verärgert-Besorgten“ und nur 6% zu den „Zuversichtlichen“. Ganz anders die Nichtautoritären: 13% „Verärgert-Besorgte“, 42% „Zuversichtliche“.

Die Christen und ihre Kirchen in der Flüchtlingszeit

Es überrascht nicht, dass es in Großkirchen diese Polarisierung auch unter den Kirchenmitgliedern gibt. 67% der Menschen mit Ärger sagen in der Flüchtlingsstudie, man könne durchaus ein guter Christ sein, ohne sich für Flüchtlinge einzusetzen. Unter den Zuversichtlichen teilen diese Ansicht lediglich 6%. Nicht wenige Katholiken haben bei der Wahl des Bundespräsidenten Norbert Hofer von der FPÖ gewählt, das freilich nicht nur wegen seinen Ansichten in der Flüchtlingspolitik, sondern auch wegen seiner konservativen Position zur Familie, zur Abtreibung, zum Frauen- und Männerbild, nicht zuletzt zum Heimatgefühl. Zudem ließ Hofer plakativ: „So wahr mir Gott helfe!“, was auf dem Land traditionelle Katholiken offenbar angezogen hat.

Die katholische wie die evangelische Kirchenleitung in Österreich hat aber klar Position bezogen. Kardinal Christoph Schönborn hat sich in dieser Frage nicht nur klar positioniert, er hat auch Bischofskollegen aus den osteuropäischen Ländern gemahnt, sich der Position von Papst Franziskus anzuschließen. Seit Kardinal Peter Erdö aus Ungarn nicht mehr den Vorsitz im Rat der Europäischen Bischofskonferenzen hat, ist auf europäischer Ebene der die flüchtlingsabweisende Haltung auf Europaebene schwächer geworden. In Österreich vertritt der Burgenländer Bischof Ägidius Zsifkovits in kantiger Weise eine Pro-Asyl-Politik. Als die Regierung an der burgenländischen Grenze einen Zaun errichtete, weigerte sich der Bischof Ägidius Zsifkovics, diesen Zaun auf dem diözesanen Grenzgrundstück errichten zu lassen.

So klar sich die Kirchenleitungen positionieren, so kontrovers werden die Themen rund um Asylsuchende Kriegsflüchtlinge in den Laienorganisationen diskutiert. Vor allem die Verbände, die noch untergründig parteipolitische Nähe aufweisen, schwanken zwischen Evangelium und Parteiposition. Die Präsidentin der Katholischen Aktion Österreich, Gerda Schaffelhofer, hat sich hingegen mit großer Eindeutigkeit zu Gunsten einer Willkommenskultur engagiert. Sie hat eine Reihe von gewichtigen Stellungnahmen abgegeben. Zudem hat sie Ende Oktober 2016 eine internationale Tagung zusammen mit dem ZdK und Laien(organisationen) aus Ostmitteleuropa in Klagenfurt organisiert. Der langjährige Leiter des UN-Flüchtlingslagers in Jordanien Kilian Kleinschmidt wie der maltesische P. Tony Calleja SJ vom Jesuit Refugee Service in Aleppo waren Keynote. Kontrovers aufgenommen wurde die Intervention des Vertreters der polnischen Bischofskonferenz Weihbischof Krzysztof Zadarko. Er betonte, die polnische Kirche habe keine Erfahrung mit Muslimen. Zudem warnte der Geheimdienst die Bischöfe vor dem Eindringen von Kriminellen und Terroristen ins Land. Inzwischen ist die Position der Polnischen Bischofskonferenz in Bewegung geraten. Auch die Pastoraltheologinnen und Pastoraltheologen Ost(Mittel)Europas haben zur Flüchtlingspolitik ihrer Länder und die Haltung ihrer Bischöfe kantig Stellung bezogen. Hier ihre drei Positionen:

1. Von den Kirchenleitungen wünschen sich die Pastoraltheolog*innen ein Annehmen der Migration als ein von Gott gegebenes „Zeichen der Zeit“. Dann sind schutzsuchende Menschen eine Zumutung an uns, fördern unsere Menschlichkeit und stärken die Gemeinschaften in Pfarrgemeinden und Orden. Wir sollten sie nicht nur als eine Bedrohung unseres Wohlstands und unserer Sicherheit, sondern auch als eine Bereicherung unserer Kultur und unseres Glaubens betrachten. Zugleich sollen die Kirchenleitungen die Regierungen ihres Landes ermutigen, der eigenen Bevölkerungen mehr Einsatz für Menschlichkeit zuzutrauen. Dabei

brauchen sie für die christlich inspirierten Positionen eine säkulare Sprache, also die Sprache der Menschenrechte und der Einheit, jener des Einen Welthauses und der Einen Menschheit in ihr, damit eine Sprache wachsender Gerechtigkeit und dadurch gesicherten Friedens. Eine zusätzliche Aufgabe der Kirche sollte es sein, Brücken zwischen den polarisierten Gruppen zu bauen, sie ins Gespräch miteinander zu bringen und die Diskussion vor „Etikettierungen“ zu bewahren.

2. Christ*innen werden ermutigt, face-to-face-Begegnungen mit schutzsuchenden Menschen, darunter auch Muslimas und Muslime, zu suchen. Solche Begegnungen haben die Kraft, bequeme Klischees über Fremde, Flüchtlinge und den Islam zu überwinden und in den Schutzsuchenden vor allem Menschen zu erkennen, die nicht nur ein Recht auf Asyl haben, sondern in denen in heilbringender Weise uns auch der Auferstandene entgegenkommt.

3. Weil Ängste entsolidarisieren, ohne Solidarität aber keine gerechte Welt und damit keinen Weltfrieden zustande kommt, ersuchen die Pastoraltheolog*innen alle Verantwortlichen in den Medien wie in der Politik, vom Schüren von Ängsten abzulassen und stattdessen sich an einer Europäischen wie internationalen Politik des Abbaus von Fluchtursachen zu beteiligen. Wer Angst verbreitet, gewinnt vielleicht Wahlen, verspielt aber die Chance auf eine gerechte und friedliche Zukunft. Auch die Seelsorge in den Ortskirchen wie die Pastoraltheologie als Wissenschaft sollen sich hinkünftig mehr den Ursachen der Ängste, deren Heilung und damit der Entwicklung von Vertrauen und Zuversicht widmen.“

Engagiert sind in Österreich die Orden, Pfarrgemeinden und natürlich die Caritas. Dabei zeigt sich auch hier, dass es immer nur ein Teil der Pfarren ist, die schutzsuchende Gäste aufnehmen, mit ihnen die Sprache erlernen, Wohnraum suchen und nach Erhalt des Asyls sich auch um einen Arbeitsplatz sorgen.

Erwähnenswert ist nicht zuletzt auch die universitäre Forschung. Mit Regina Polak hat die katholisch-theologische Fakultät eine der wenigen Theologinnen, die fachkundig an einer Theologie der Migration arbeiten und dazu international angefordert werden.

Eine Stärke der Kirchen ist es, jenen, die sich engagieren, den Rücken zu stärken. Das ist deshalb notwendig, weil sie kulturell immer mehr Gegenwind erfahren. Unter dem Druck einer „Politik der Angst“ und der massiven Kampagne der Boulevardpresse (Österreich, Heute, Kronenzeitung) ist in der Bevölkerung der Anteil zurückgegangen. Im Jahre 2016 (April) betrug er nicht mehr 27% wie im Herbst 2015, sondern nur noch 13%, während das Lager Ärger von 17% auf 26% angewachsen ist. Es ist der Politik gelungen, die Ängste zu mehren statt zu mindern, und dies trotz rückläufiger Flüchtlingszahlen und mit Blick auf die Verfassung fragwürdige Einführung von Obergrenzen – wobei festgehalten werden muss, dass in einem höchst unsolidarischen Europa hinsichtlich der Flüchtlinge Österreich bisher einen enormen Beitrag geleistet hat.

Die Kirchen können aber „entängstigen“ (Zulehner, Paul M.: Entängstigt euch. Die Flüchtlinge und das christliche Abendland, Ostfildern ³2016), und zwar vor allem durch jene Begegnungen mit „Gesichtern und Geschichten“ ermöglichen, die vielleicht der einzige Weg sind, die Angst vor den Schutzsuchenden aus fremden Kulturen zu heilen. Manche fühlen dann, so sagen sie, „göttlichen Rückenwind“.